

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Lugar, Mag. Widmann
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Normverbrauchsabgabe auf Elektrogeräte

eingebraucht in der der 91. Sitzung des Nationalrats am 21. Dezember 2010 im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (980 d. B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Budgetvoranschlags für das Jahr 2011 (Bundesfinanzgesetz 2011- BFG 2011) samt Anlagen (1044 d. B.): [UG 43-Umwelt]

Strom wird immer teurer. Erst gestern (21.12. 2010) bestätigte dies die Arbeiterkammer erneut. In den vergangenen zweieinhalb Jahren sind zwar die Großhandelspreise für Energie gesunken, nicht aber die Strom- und Gaspreise für die Konsumenten. Insgesamt ist der Stromgroßhandelspreis um 21,8 Prozent gefallen, zeitgleich haben die meisten Lieferanten ihre Preise erhöht.

Einsparungspotenzial bieten verbrauchsgünstige Elektrogeräte. Leistungsorientierte Geräte mögen in der Anschaffung etwas teurer sein, als ältere, mehr Energie fressende Modelle, verbrauchen aber weitaus weniger Strom, wodurch längerfristig ein deutliches Einsparungspotential gegeben ist. Der Stromverbrauch wird ohne Komfortverlust gesenkt, was sich sowohl in der Geldbörse, als auch in der Klimabilanz bemerkbar macht.

Als Kaufanreiz soll eine Normverbrauchsabgabe auf Elektrogeräte als Bonus-Malus System dienen, um ineffiziente Geräte weniger attraktiv zu gestalten und letztlich vom Markt zu verdrängen. Die Normverbrauchsabgabe muss so geregelt werden, dass sie energiesparende Geräte verbilligt und Energieverschwender verteuert. In Summe muss diese Maßnahme aufkommensneutral gestaltet werden um die Bürger nicht zusätzlich zu belasten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend eine Normverbrauchsabgabe für Elektrogeräte einzuführen, welche auf jeden Fall aufkommensneutral gestaltet werden muss.“